

„Die Arbeiter sind nicht bereit, sich einem wahnwitzigen Arbeitstempo zu unterwerfen, um Autos zu produzieren, die von vornherein reif für den Müll sind!“

ROUND TABLE der PROKLA-Redaktion mit Gewerkschaftern und Gewerkschaftswissenschaftlern zu Problemen der Arbeitsbedingungen, der Technologieentwicklung und der Gewerkschaftspolitik in der ökonomischen Krise

mit Teilnehmern aus: Großbritannien, Italien, Norwegen, Polen den USA und der Bundesrepublik.

Auf den folgenden Seiten veröffentlicht die PROKLA den Mitschnitt eines Roundtable-Gesprächs, zu dem die Redaktion anlässlich der Konferenz des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) „Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaften“ vom 27. - 29. 3. 1980 eingeladen hatte. Wir danken insbesondere den Mitarbeitern des Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung im WZB, daß sie uns das Zustandekommen dieses Gesprächs ermöglicht haben. Die Bearbeitung dieses Tonbandmitschnitts besorgten Elmar Altvater, Jürgen Hoffmann und Frieder Wolf; bei der Bearbeitung wurden Reihenfolge und Inhalte der Beiträge nicht verändert, es wurden leichte sprachliche Korrekturen vorgenommen und wir mußten auch an vielen Stellen Kürzungen vornehmen – schließlich dauerte die Diskussion (befördert von etlichen Flaschen „Barbera d’Asti“ aus Italien) ca. vier Stunden.

An dem Gespräch nahmen teil:

Sophie Alf (CGIL, Italien)

Tamar Bermann (Arbeidsforskningsinstituttene Oslo, Norwegen)

Mike Cooley (Lucas Aerospace, Großbritannien)

Rainer Erd (Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M.)

Fred Gordon (The Group for Work Democracy, Cambridge/Mass., USA)

Andy Markovits (Center for European Studies, Harvard University, Cambridge/Mass., USA)

Matteo Rollier (CGIL, Italien)

Melanie Tartur (Warschau)

Als weitere Gäste und Teilnehmer der Tagung „Humanisierung der Arbeit“:

Peter Auer

Knut Dohse

Hajo Funke

Für die Redaktion der PROKLA:

Elmar Altvater

Eckart Hildebrandt

Jürgen Hoffmann

Den Vino besorgten: Ilse Niketta und Jürgen Hoffmann

Die Übersetzungen besorgten: Frieder O. Wolf und Sophie Alf

PROKLA: Wir möchten zu Beginn einige der Thesen, die Euch zur Strukturierung der Diskussion zugegangen sind, wiederholen. Im Anschluß daran sollte aus länderspezifischer Sicht dazu Stellung genommen werden. Dann können wir in die Diskussion der einzelnen Probleme einsteigen.

1. Es spricht einiges dafür, daß sich die Position der Arbeiterbewegungen in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Mit dem Einsetzen der langfristigen Stagnation auf dem Weltmarkt, Branchenstrukturkrisen, neuen Leistungs- und Personalpolitiken haben sich die Grundlagen gewerkschaftlicher Politik entscheidend verändert. Teile der Arbeitsbevölkerung werden marginalisiert, die Konkurrenz zwischen den sozialen Gruppen nimmt zu (z. B. zwischen Angelernten und Facharbeitern, zwischen Arbeitern und Angestellten), Belegschaften und ihre Vertretungen folgen der Konkurrenz der Einzelunternehmen untereinander. Die Arbeit der Gewerkschaften wird zunehmend politisch (durch konservative Parteien, durch Konkurrenzorganisationen, durch korporativistische Staatsstrategien) in Frage gestellt. Die Gefahr der Veralterung überbetrieblicher Gewerkschaftspolitik gegenüber den konkreten betrieblichen Zuständen und Konflikten verstärkt sich. Welches sind die aktuellen Hauptprobleme von Gewerkschaftspolitik und wie werden sie angegangen?

2. Eine der wesentlichen Erfahrungen der Krise besteht darin, daß zwischen der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze und ihrer Humanität (Belastungen, Qualifikation, Beschäftigungssicherheit, Lohn) ein negativer Zusammenhang besteht. In der BRD z. B., bei einem hohen Qualifikationsniveau der Arbeitsbevölkerung, hohen Ansprüchen an Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit, einer starken Tendenz zu „white collar“-Tätigkeiten stellte sich für viele individuell die Entscheidung zwischen Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg.

Die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Versetzungen und Einkommensverminderung führen zu Anpassungsverhalten in den Betrieben und verschärfter Konkurrenz unter den Kollegen, zwischen den Betrieben. Welche neuen Perspektiven in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik haben sich aufgrund der Krise über die Verteidigung errungener Positionen hinaus entwickelt?

3. Im Zentrum der Überlegungen zur Humanisierung der Arbeit standen Anfang der siebziger Jahre neue Modelle der Arbeitsorganisation, der Arbeitsstrukturierung. Es hat sich gezeigt, daß die Unternehmen die Herrschaft über die Gestaltung des Produktionsprozesses massiv verteidigen, daß Arbeitsstrukturierung wesentlich Rationalisierung unter veränderten Marktbedingungen mit neuen technischen Möglichkeiten bedeutet. Sind Modelle der Arbeitsgestaltung entstanden, die wenigstens im Ansatz die Möglichkeit der Schaffung neuer, qualifizierter, kreativer Arbeitsplätze in der industriellen Produktion eröffnen? Wo sonst könnten solche Arbeitsplätze entstehen?

4. Einige Grundprinzipien kapitalistischer Produktionsorganisation, die traditionell aus dem Rahmen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung ausgeklammert sind, sind in letzter Zeit in Frage gestellt worden.

a) Atomenergie, Waffenproduktion, fragwürdige Pharmaerzeugnisse etc. zeigen die Kosten der Trennung von Produzent und Produkt. Inwieweit ist es sinnvoll und möglich, dem unmittelbaren Produzenten Einfluß auf und Verantwortung für sein Produkt zu geben? Inwieweit kann darin eine Lösung der ökologischen Krise, aber auch der Krise der Arbeitsidentität gesehen werden?

b) Die Produktionsstruktur und das Herrschaftsgefüge der kapitalistischen Produktionsweise beruht unter anderem auf dem Prinzip der detaillierten Arbeitsanalyse, der Arbeitszerlegung und der Arbeitsteilung. Dies gilt sowohl horizontal (Zerlegung in spezialisierte Teilarbeiten) wie vertikal (zunehmende Trennung von dispositiven und ausführenden Tätigkeiten). Welche Chancen bietet gegenüber dieser scheinbar zwangsläufigen Entwicklungsdynamik eine Strategie der Zusammenlegung von Teilarbeiten, der historischen Überwindung dieser Prinzipien?

c) Die Diskussion um verschiedene Modelle der Arbeitszeitverkürzung hat deutlich gemacht, daß sehr unterschiedliche Vorstellungen über das Verhältnis von Arbeit und Freizeit existieren. Der traditionellen Vorstellung einer anstrengend-entfremdeten Lohnarbeit, die durch wachsende Freizeitblöcke zur Erholung und Selbstverwirklichung unterbrochen wird, stehen zu-

nehmend Vorstellungen eines gleichgewichtigen, integrierten Verhältnisses von Arbeit und Freizeit gegenüber mit schöpferischen Gestaltungsmöglichkeiten in beiden Bereichen.

5. Mit der zunehmenden ökonomischen und politischen Verflechtung der Nationen gewinnt der internationale Einfluß auf nationale Entwicklungen zunehmend an Bedeutung. So ist insbesondere zu fragen, welche Chancen alternative Arbeitsmodelle/Produktionsstrukturen, wie sie sich an einzelnen Orten herausgebildet haben, angesichts internationaler Anpassungszwänge haben.

Weiter ist zu fragen, ob nicht nationale Politiken der Modernisierung der Volkswirtschaft einschließlich ihrer Humanisierungsaspekte zu noch umfassenderen Arbeitsplatzverlusten, zu noch größerer Kulturzerstörung und Abhängigkeit in den Drittweltländern führen.

* * *

Andy: Ich möchte einmal die Lage in den USA und in der Bundesrepublik im Vergleich beschreiben:

In beiden Ländern sind die Gewerkschaften in der Defensive — d. h., es gibt kaum Überlegungen oder gar praktische Ansätze zu einer grundlegenden Veränderung der vorhandenen Gesellschaftsstrukturen. Die Offensive des Kapitals wird demgegenüber durch die Krise — aufgrund der spezifischen ‚Institutionalisierung der Arbeiterklasse‘ in beiden Ländern — noch weiter verstärkt werden; denn es wird eher eine Situation des betriebsegoistischen ‚Rette-sich-wer-kann‘ eintreten, als daß es zu ‚systemtranszendierenden Reformen‘ im Sinne von André Gorz kommt.

Allerdings unterscheiden sich diese Defensivsituationen in den USA und der Bundesrepublik sehr weitgehend voneinander: in den USA herrscht etwas vor, was ich als ‚negative Defensive‘ kennzeichnen möchte — eine bereits sehr geschwächte Arbeiterbewegung unterliegt einem fast vollständigen *roll-back*. So verlieren die Gewerkschaften eine betriebliche Wahl nach der anderen; Humanisierungsmaßnahmen liegen ausschließlich in der Hand des Managements. Das liegt einmal an der Größe des Landes: Um dem Einfluß der Gewerkschaften auszuweichen, investiert das Kapital vor allem im Südwesten (oder in industriellen ‚Schwellenländern‘ — selbstverständlich Militärdiktaturen — wie Taiwan oder Brasilien).

Außerdem ist die Spaltung der Arbeiterklasse von großer Bedeutung, die in den USA schon bis zu einer vollständigen ‚Zersetzung‘ geht — mit den Schwar-



zen und den Chicanos* auf der einen und der traditionellen Industriearbeiterschaft auf der anderen Seite, die beide dadurch verlieren, besonders in der großen Industrie.

Ein Beispiel für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung gibt etwa die Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) ab: Als nicht korrupte ‚liberale‘ Gewerkschaft hat sie gerade – in Zusammenarbeit mit der Regierung – der Firma Chrysler wieder auf die Beine geholfen – indem sie auf die Pensionskassen der Belegschaft zurückgriff! Die amerikanischen Gewerkschaften haben solche Sachen, wie sie die bundesdeutschen Gewerkschaften unter den Titeln von Investitionslenkung, Strukturpolitik (wie vage auch immer) gefordert haben, nicht einmal angesprochen. Nur die UAW hat so etwas wie Mitbestimmung gefordert.

Im Vergleich damit befindet sich die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik in einer ‚positiven Defensive‘ – in dem Sinne, daß in den letzten vier oder fünf Jahren durchaus auch positive Aspekte festzustellen sind – etwa die von der Gewerkschaft Druck und Papier tarifvertraglich durchgesetzte Besitzstandswahrung, und generell die Versuche einer stärkeren ‚Basisorientierung‘ bzw. einer stärkeren Betonung der ‚eigenen Kraft‘ der Gewerkschaftsbewegung, der Durchsetzung von Forderungen in tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Auch im Bereich der Humanisierungsforderungen besteht eine solche Situation der ‚positiven Defensive‘ – die Gewerkschaften *reagieren mit Gegenstrategien* auf die ‚neuen Technologien‘, aber

auch auf die ‚alten Arbeitsbelastungen‘ wie Staub, Lärm, Stress usw.

Tamar: Wenn ich hier von der Situation in Skandinavien rede, dann in erster Linie von Dänemark und Norwegen. Die Entwicklung der dänischen Gewerkschaften wurde ja schon in der letzten Prokla (Nr. 37/1979) ausführlich analysiert. In Norwegen ist gegenüber Dänemark deshalb eine andere Situation gegeben, weil die Gewinne aus den Ölquellen die Regierung in die Lage versetzen, die Arbeitsplätze politisch weitgehend abzusichern – zumindest wird dies versucht. Die Arbeitslosigkeit ist deshalb auch sehr niedrig – ganz im Gegensatz zu Dänemark und auch Schweden! Zugleich versucht die Wirtschaftspolitik auch durch Lohn- und Preisstops (die gerade ausgefallen sind) einen massiven Einfluß auf die Tarifverhandlungen auszuüben und dies wird von einem Großteil der Bevölkerung, auch von den großen Gewerk-



* Chicanos = Lateinamerikanische Einwanderer in den USA, zumeist illegal, die neben den Schwarzen zu den niedrigst bezahlten Lohnarbeitern gehören.

schaften des Landes akzeptiert. Diese Formen der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Tarifverbänden führten zu einer stärkeren Zentralisierung der Willensbildungsprozesse in den Gewerkschaften. Der politische Hintergrund dieser Entwicklung ist der, daß sich viele Gewerkschaftspolitiker als Stütze der sozialdemokratischen Partei empfinden. Allerdings gibt es gegen diese Tendenzen auch Widerstand in den Gewerkschaften, besonders in solchen, die hauptsächlich niedrig qualifizierte Arbeiter (im Baugewerbe, in Reinigungsbranchen, in der Fischindustrie) vertreten, aber auch in Gewerkschaften, die eher Akademiker und öffentliche Angestellte repräsentieren. Allein, dieser Widerstand gegen eine weitere Zentralisierung wird von den stärkeren Industriegewerkschaften und dem „Staatskartell“ (einer übergreifenden Organisation von Gewerkschaften im öffentlichen Sektor) übergangen.

Über eine eher defensiv zu nennende Politik hinaus versuchen die starken Industriegewerkschaften (z. B. die Metallgewerkschaft) auch Einfluß auf die Technologiepolitik zu gewinnen, und zwar sowohl am Arbeitsplatz als auch in Bereichen wie z. B. der Entwicklung von bestimmten Produkten, von Planungs- und Steuerungssystemen der Produktion usw.

Prokla: Zusammenfassend kann man also – verglichen mit der von Andy geschilderten Situation der US-Gewerkschaften – sagen, daß in den USA die Krise in erster Linie über die ökonomische Situation auf die Arbeits- und Kampfbedingungen wirkt, während sich in Norwegen, wo die ökonomische Situation aufgrund der Ölquellen nicht schlecht ist, die politischen Verhältnisse restriktiv auf die gewerkschaftlichen Alternativen auswirken ...

Tamar: Ja, genau!

Prokla: Vielleicht sollten wir jetzt – daran anknüpfend – den Vertreter eines Landes zu Wort kommen lassen, dessen nationale Ökonomie in einer tiefen Krise steckt, das aber zugleich für eine weit entwickelte Politik der Arbeiterbewegung steht, nämlich Italien ...

Matteo: Der erste Aspekt der italienischen Krise ist ihre besondere Härte aufgrund der hohen Exportabhängigkeit der italienischen Wirtschaft. Ein zweiter Aspekt hat damit zu tun, daß Italien vorwiegend Konsumgüter exportiert, die einen niedrigen bis mittleren technologischen Standard haben und die heute besonders von der Krise betroffen sind, da sie unmittelbar vom Endverbraucher abhängig sind und sinkende Einkommen ihren Absatz verringern. *Drittens* ist die Produktion nur dann international wettbewerbsfähig, wenn ein relativ niedriges und stabiles Lohnniveau und eine relativ hohe Produktivität aufrechterhalten bleibt. Italien ist daher durch diese Ausnahmestellung besonders von der Krise betroffen: Es ist ein Land auf der Schwelle zwischen niedriger und mittlerer technologischer Entwicklung und in Konkurrenz zu höher industrialisierten Ländern, so daß die Möglichkeit der Überwindung der Krise davon abhängt, ob ein Umstellungsprozeß in Richtung auf eine geringere Exportabhängigkeit, ein allgemein höheres technologisches Niveau und eine Produktendiversifikation gelingt.

Es gibt zwei Möglichkeiten einer Überwindung der Krise in Italien: Die eine wird von den herrschenden Klassen vorgeschlagen. Sie möchten im Grunde eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen, d.h. mittels Lohnkostensenkung eine Wieder-



herstellung der alten Ausbeutungsverhältnisse, die das „Wirtschaftswunder“ in Italien ermöglicht haben. Der zweite Vorschlag wird von den Linkskräften und den Gewerkschaften gemacht: Durch einen qualitativen Sprung in der Produktionsstruktur soll ein neues technologisches Niveau erreicht und damit ein neues Entwicklungsmodell entwickelt werden.

Natürlich stecken in beiden Vorschlägen politische Implikationen. In dem ersten ist praktisch impliziert, daß der italienische Süden als Arbeitskräfte-reservoir aufrechterhalten bleibt, die Mobilität des Arbeitsmarkts durch ein wie auch immer unterentwickeltes soziales Netz garantiert wird. Der Vorschlag der Linkskräfte und der Gewerkschaften hingegen beansprucht, die Krise auf eine andere Weise lösen zu können, darauf kommen wir noch zurück.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Diskussion um die Lösung der Krise sind auch die internationalen Pressionen. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Diskussionen innerhalb der EG-Kommission über die Umstellungsprozesse in der europäischen Stahlindustrie, die ja von der EG gefördert und subventioniert werden: Die französische und die deutsche Stahlindustrie wollen verhindern, daß sich die italienische Stahlindustrie auf einen Typ von Stahlprodukten umstellen kann, der überhaupt eine Chance im internationalen Wettbewerb auf dem Stahlmarkt haben könnte.

Die italienische Situation ist vielleicht deswegen besonders zugespitzt, weil die Wege zur Überwindung der Krise hier ziemlich offen liegen; sie sind allgemein bekannt und werden allgemein diskutiert. Jedem ist die Alternative klar und die Gewerkschaften müssen positive Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung der Krise angeben können, wenn andere soziale Kräfte in diesem Bereich völlig versagen.

Es ist ziemlich ungewöhnlich, daß sich Gewerkschaften dem Problem von Produktivität und Effizienz einer Volkswirtschaft stellen und dies hat natürlich auch Folgen für die gewerkschaftlichen Vorstellungen der vergangenen Jahre. Darüberhinaus gibt es aber noch ein offenes Problem, nämlich das des Verhältnisses zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern. Italien, das eventuell die Möglichkeit hat, durch einen qualitativen Sprung in die Reihe der höherentwickelten Länder zu kommen, stellt auch eine Herausforderung für die Dritte Welt dar. Denn dieses Land liegt genau auf der Grenze zwischen Unterentwicklung und Entwicklung.

Prokla: Du hast die Problematik des technologischen Rückstands im Zusam-

menhang einer bestimmten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung aufgeworfen. Nun gibt es ja in Italien Diskussionen über Forderungen nach arbeitsintensiven Investitionen. Dies hat sicherlich sehr viel mit dem engeren Themenkreis der ‚Humanisierung der Arbeit‘, mit dem Verhältnis von Menschen zu Arbeitsplatz und Produktion und Produkt zu tun. Aber die Weltmarktkonkurrenz verhindert eine solche Orientierung, die beschäftigungswirksam sein könnte, und erfordert statt dessen eher kapitalintensive Investitionen. Das Problem für die Gewerkschaften innerhalb dieses Widerspruchs besteht nun darin, auf der einen Seite beschäftigungswirksame und qualitativ hochstehende Arbeitsplätze fordern zu müssen und auf der anderen Seite der Weltmarktkonkurrenz unterworfen zu sein, die im Gegensatz dazu sehr kapitalintensive und daher in der Regel auch arbeitssparende Investitionen erfordert ...

Matteo: Wir sehen drei Wege, um mehr Beschäftigung zu schaffen: *Erstens* gibt es in der Industrie noch größere Beschäftigungsmöglichkeiten durch Umstellungen der Produktion auf hochqualifizierte Strukturen – vorwiegend für den internen Konsum (etwa im Rahmen eines „neuen Konsummodells“), aber auch für den Export. *Zweitens* besteht entgegen den vorherrschenden Ansichten in Italien noch ein großes, unausgenütztes Arbeitsplätze-reservoir im tertiären Sektor. Wenn man z. B. an besondere Dienstleistungsbereiche denkt wie etwa der Forschung oder jener Bereiche, die der industriellen Produktion vorgelagert sind – die auch erst einen qualifizierten Sprung in der Produktionsstruktur ermöglichen – dann sind gerade hier noch viele unausgenutzte Möglichkeiten vorhanden: unsere Patentbilanz z. B. ist selbst gegenüber Malta defizitär ...

Prokla: ... wobei diese Lizenzbilanz auch etwas mit der Forschungs- und Lizenzpolitik der Multinationalen Konzerne zu tun hat ...

Matteo: Sicher. Eine dritte Möglichkeit liegt in der Tendenz zur Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Hier haben wir in Italien eine besondere Situation z. B. gegenüber der in der Bundesrepublik. Gerade die CGIL* steht dieser Thematik z. Zt. ein wenig lau gegenüber, obwohl doch Italien im Durchschnitt sehr viel längere Arbeitszeiten zu verzeichnen hat. Was aber den Prozeß der Verkürzung der Arbeitszeit angeht, liegt Italien an der Spitze in Westeuropa. Deshalb wird diese Möglichkeit nicht in dem Maße in Betracht gezogen und hat deshalb nicht den Stellenwert in der gewerkschaftlichen Politik wie etwa die Gleichverteilung der Einkommen.

Prokla: Die Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung hat ja für die Linke in der Bundesrepublik so etwas wie einen exemplarischen Charakter gehabt: als basisnahe, die Kontrolle des Arbeitsablaufs, der Arbeitsgeschwindigkeit, der Produktgestaltung usw. vorantreibende Bewegung. Mußten diese erreichten Positionen, die ja die Autonomie der Unternehmen sehr weitgehend einschränkten, in der Krise zurückgenommen werden? Oder fand eher eine Umorientierung statt z. B. von einer

* CGIL = Confederazione Generale Italiano del Lavoro, Italienischer Gewerkschaftsdachverband, der in der Nachkriegszeit vor der (Ab-)Spaltung alle Arbeiter (ähnlich DGB) vertreten hat, heute weitgehend nur kommunistisch bzw. sozialistisch ist. Vgl. dazu CGIL/CISL, Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1973: merve

arbeitsplatznahen Kontrolle der Produktion hin zu einer Orientierung auf eine nationale volkswirtschaftliche Rahmenstrategie (wie dies in Deinem Beitrag ja auch schon anklang), in die eingebettet erst die Politik der betrieblichen Kontrolle der Produktion realistisch ist? Damit würde sich natürlich auch das Bild der italienischen Arbeiterklasse in der deutschen Diskussion an entscheidenden Punkten ändern ...

Matteo: Die basisdemokratischen Strategien der italienischen Gewerkschaften in den vergangenen zehn Jahren sind sicherlich ein starker Anstoß in Richtung Transformation. Denn diese Form der Kontrolle durch die Basis hat eine beliebige Intensivierung der Arbeit einfach nicht mehr zugelassen. Es ist klar, daß dann, wenn die Arbeitskraft in diesem Sinne nicht mehr uneingeschränkt verfügbar ist, die Unternehmer nun nach anderen Auswegen zur Erhöhung der Produktivität suchen. Dies ist ein ganz entscheidender Punkt: die Unternehmer können nicht mehr einfach Entscheidungen durchsetzen, sondern müssen u. U. wochenlange Diskussionen einkalkulieren, ehe eine Entscheidung durchgesetzt wird – die dann in der Regel nicht so aussieht, wie sie ohne Basiskontrolle ausgesehen hätte!

Aus dieser innerbetrieblichen Entscheidungsstruktur ergeben sich Anstöße für technologische Veränderungen. Aber auch die Arbeiter verlangen ihrerseits eine Veränderung der Qualität der Produktionsstruktur, nämlich Investitionen in menschengerechtere Produktionsmittel etc. Damit ist natürlich langfristig ein Beschäftigungsproblem verbunden, aber zur Zeit hat sich das Problem technologischer Arbeitslosigkeit als Resultat der gewerkschaftlichen Politik der letzten Jahre noch nicht gestellt. In dieser Hinsicht liegt Italien noch weit hinter den anderen Ländern zurück. Dann versuchen die Gewerkschaften auch die Kontrolle des Arbeitsmarktes zu übernehmen, was enorme Probleme aufwirft. Doch sind sie hier heute vielleicht flexibler als vor einigen Jahren: Es geht nicht mehr darum, alles das abzublocken, was Flexibilität des Arbeitsmarktes angeht. Aber man muß, wenn man nicht nur defensiv reagieren will, diesen Prozeß aktiv und initiativ zu kontrollieren versuchen.

Natürlich existieren heute andere Probleme als vor zehn Jahren unmittelbar nach 1969. Heute stehen die italienischen Gewerkschaften dem globalen Problem gegenüber, wie überhaupt der notwendige gesellschaftliche Transformationsprozeß aussehen könnte. Auf diesem Hintergrund – und das ist wahrscheinlich sehr schwer verständlich – kann die Gewerkschaft eben auch eine Diskussion über Flexibilität der Arbeitskraft, über Mobilität und Produktivität akzeptieren, wenn sie dies auf dem Hintergrund ihrer allgemeinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen tut. Dies ist wahrscheinlich ein sehr interessanter Diskussionspunkt gerade im Verhältnis zur britischen Gewerkschaftsbewegung. Die italienische Gewerkschaftsbewegung glaubt, daß sie sich gerade in der Krise um die allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Verhältnisse kümmern muß. Dies kann durch noch so militante Defensivformen in den Kämpfen nicht ersetzt werden.

Prokla: Vielleicht kannst Du, Mike, gleich daran anknüpfen ... ?

Mike: Großbritannien steckt in einer doppelten Krise: Zum einen in der Krise des britischen Imperialismus, der sich im galoppierenden Niedergang befindet, während die beiden Supermächte an die Stelle der britischen Weltmacht treten; zum anderen in der allgemeinen Krise der sogenannten technologisch entwickelten kapitali-

stischen Länder. Auf politischer Ebene ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie vollständig darin versagt hat, sich den wichtigsten Problemen zu stellen, vor denen die britische Arbeiterklasse steht. Es war ja sogar die Labour-Regierung, die eine Situation herbeigeführt hat, in der die britische Gewerkschaftsbewegung zum ersten Male in ihrer Geschichte einen Stand der Arbeitslosigkeit von 1,5 Millionen hingenommen hat – und ich glaube, wenn die Konservativen etwas derartiges versucht hätten, wären sie auf massiven Widerstand gestoßen, während die Labour-Regierung dazu in der Lage war, indem sie sich auf das nationale Interesse berief! Schließlich kämpft man ja nicht gegen ‚seine eigene Regierung‘ ...

Damit hat die Labour-Regierung die Grundlagen für die Machtübernahme durch Mrs. Thatcher geschaffen. Dabei ist es Mrs. Thatcher gelungen, wirkliche Sorgen der britischen Arbeiterklasse für sich auszunutzen – vor allem den sehr starken Widerstand gegen Bürokratisierung und Zentralisierung, nachdem Sozialdemokratie für mehr und mehr Arbeiter eben das bedeutete. Mrs Thatcher nutzte den darin liegenden Widerspruch, indem sie für einen Abbau der Bürokratien eintrat usw. Daher betrachte ich ihre Machtübernahme als eine Reaktion auf Fehler der Sozialdemokratie und nicht als einen Ausdruck des konkreten Wunsches von Teilen der britischen Arbeiterklasse nach einer Rechtsregierung.

In den letzten Jahren fanden – ebenfalls unter sozialdemokratischen Regierungen – dramatische Verschlechterungen der Lebenslage der britischen Arbeiterklasse statt. Nach manchen Schätzungen ist der Lebensstandard seit 1974/75 um etwa 30% gesunken. Daraus ergibt sich eine hochgradig widersprüchliche Situation: Einerseits haben wir die traditionelle Kampfbereitschaft der britischen Arbeiterklasse, dem aber andererseits ein erschreckendes politisches Vakuum gegenübersteht. Zum Teil wird gegenwärtig dieses politische Vakuum durchaus schon aufgefüllt – von einem anderen negativen Element in der Tradition der britischen Arbeiterklasse, ihrem „Rassebewußtsein“. Obwohl die britische Arbeiterklasse eine enorme Kampfkraft aufbringt, hat sie sich eben doch in einer imperialistischen Metropole entwickelt und daher einige Züge einer imperialistischen Nationaltradition angenommen; die Spannungen zwischen den Rassen, die sich daraus ergeben, werden jetzt etwa gegen die indischen Arbeiter gelenkt – und in vielen britischen Städten werden dadurch Teile der Arbeiterklasse vom Kampf gegen ihren eigentlichen Feind abgelenkt. Ähnlich funktioniert



auch das zunehmend militantere Auftreten des Staatsapparates, das mit der wachsenden Spannung in Nordirland zusammenhängt. Nordirland wird heute als eine Basis dafür genutzt, die Kontrolle auszubauen, die Polizei, Armee und insgesamt das ‚Establishment‘ gegenüber jeder Art von ‚Unordnung‘ ausüben. Die in Nordirland entwickelten Techniken der ‚städtischen Repression‘ – spezielle Ausrüstungen ebenso wie Organisationsformen – werden jetzt auch schon im britischen Mutterland eingesetzt, vor allem gegen die Arbeiterklasse, etwa bei Streiks. Militärexperten erwarten ganz offen, daß die wichtigsten militärischen Auseinandersetzungen sich in Großbritannien mit der eigenen Arbeiterklasse vollziehen werden und daß die Armee sich die nötige Kapazität zulegen muß, um Kraftwerke, Flughäfen und Nahverkehrssysteme betreiben zu können.

Einerseits erhöht ja die technologische Entwicklung die Streikfähigkeit der Arbeiterklasse – je stärker ein Arbeitsprozeß synchronisiert und koordiniert ist, um so wirksamer kann er bestreikt werden. Kaum hatte die herrschende Klasse das verstanden, bemühte sie sich schon um den Aufbau einer Infrastruktur, um dieser Tendenz entgegenwirken zu können – allmählich werden entsprechende Gesetze durchgesetzt oder es erfolgt ein beispielloser Einsatz der Presse und der Massenmedien gegen die britische Arbeiterklasse.

Andererseits gibt es aber auch einen sehr starken Widerstand gegen neue technologische Veränderungen in der Arbeiterklasse, die darin – oft sehr unausdrücklich und geradezu in unpolitischer Weise – einen Verlust an Kontrollmöglichkeiten über den eigenen Arbeitsprozeß sieht, bzw. eine Erweiterung der Kontrollmöglichkeiten der Unternehmer über ihre Arbeitsmittel. Das gilt etwa für British Leyland.

Es stimmt, wenn die herrschende Klasse behauptet, daß die britischen Arbeiter nicht bereit sind, sich einem wahnwitzigen Arbeitstempo zu unterwerfen, um etwa Autos zu produzieren, die von vornherein reif für den Müll sind. In diesen Sinn sind wir gegenüber den Deutschen oder den Japanern nicht wettbewerbsfähig – und wollen es auch nicht sein. Am wichtigsten ist, daß die britischen Arbeiter sich nicht so stark mit ihrem Unternehmen identifizieren, daß sie es sonderlich kümmert, ob das nun kaputt geht oder nicht.

Die Propaganda der Unternehmenseite beginnt sich aber auch schon auszuwirken, so daß Teile der britischen Arbeiterklasse sich doch schon Sorgen machen, daß ihre Industriezweige zusammenbrechen könnten: Als etwa bei British Leyland die führenden Shop Stewards entlassen worden waren, haben die Arbeiter sofort spontan gestreikt. Die Gewerkschaftsführung hat dann aber diesen Streik um sechs bis acht Wochen verzögert – und damit der herrschenden Klasse Zeit für eine Pressekampagne gegeben, daß ein Streik das Ende von British Leyland wäre. Diese Propaganda hat dann auch gewirkt.

Es gibt also eine zwieschlächtige Entwicklung: Zum einen ist die Bürokratie innerhalb der Gewerkschaften mehr und mehr in den Staatsapparat integriert worden – vor allem unter der Regierung der Sozialdemokratie –, zum anderen ist aber auch der Druck der Basis gewachsen, daß die Gewerkschaftsorganisation sich wirklich für ihre Streiks und Kämpfe einsetzen, sie wirklich unterstützen soll, wie sie etwa in der Stahlindustrie stattfinden. So entwickelt sich ein richtiggehender Wider-

spruch zwischen Basis und Überbau innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Was dabei allerdings den technologischen Wandel angeht, vertritt die Gewerkschaftsbürokratie immer noch die Auffassung, eine Lösung der gegenwärtigen Strukturprobleme könne nur dadurch erreicht werden, daß man noch mehr neue Technologie einsetzt — und nicht etwa weniger. Dementsprechend beteiligen sich Gewerkschaftsführer dann an einer sogenannten ‚indikativen Planung‘, in Zusammenarbeit mit dem Industrie- oder mit dem Beschäftigungsministerium, und wenn dann diese Planungen in die Praxis umgesetzt werden, werden sie von den Gewerkschaftsmitgliedern bekämpft!

Die Krise bietet nach meiner Auffassung viele Möglichkeiten, um grundlegende, radikale Veränderungen einzuleiten. Aber es gibt eben leider gegenwärtig ein politisches Vakuum in Großbritannien: Auf der einen Seite findet man die Angestellten, die Ingenieure und die Wissenschaftler einem schnellen Proletarisierungsprozeß unterworfen — zum großen Teil aufgrund des technologischen Wandels —, so daß etwa der bedeutendste Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten Jahren in diesen Bereichen liegt. Andererseits versagt die Linke in Großbritannien vollständig darin, irgend eine Art von Alternative angesichts dieser erschreckenden Krise aufzuzeigen. So gibt es etwa keinen wirklich linken Beitrag zur gesamten Ökologiebewegung, die dadurch gewissemaßen Frühromantikern überlassen bleibt, die sich Gedanken machen über eine Rückkehr zum Landleben und ähnliche Sachen, die für die Mehrheit der Arbeiterklasse nichts bedeuten. Es gibt auch keine linke Kampagne, die sich auf die Anti-Atom-Bewegung bezieht, auch hier besteht ein erschreckendes Vakuum. Insgesamt ist sich die Linke vollständig im Unklaren über den Stellenwert von Wissenschaft und Technologie — die von ihr immer noch als neutrale Produktivkräfte betrachtet werden, ohne zu sehen, daß selbst noch die Methodologie der Wissenschaften ein Reflex der ökonomischen Basis ist, auf deren Grundlage sie sich entwickelt hat. Daher stellen sich dann etwa Leute von der Britischen Kommunistischen Partei — in einer Situation, in der die Arbeiter sich Sorgen über eine Dequalifikation und verschärfte Kontrolle aufgrund technologischer Entwicklungen machen — hin und versuchen den Arbeitern klar zu machen, alles ginge in Ordnung, wenn sie bloß den Kapitalismus zerschlagen würden. Bloß darüber, wie sie von dem Punkt, an dem sie stecken, dahin kommen sollen, den Kapitalismus zu zerschlagen, habe ich aus ihren Ausführungen nichts entnehmen können — vor allem da sie nicht Massenbewegungen mobilisieren, die allein die Arbeiter dahin bringen könnten.

Dazu kommt noch der Widerstand gegenüber der EG: Große Teile der Arbeiterklasse möchten so schnell wie möglich wieder ‚raus aus der Gemeinschaft‘, die sie bloß als Wachstumsgebiet der Multinationalen Gesellschaften betrachten — was ja auch weitgehend zutrifft. Bloß wird diese Forderung so sehr mit chauvinistischen Illusionen über den Rückzug ins kleine, feine England verbunden, daß sie dadurch fast wieder falsch wird. Auch in der Frage der Arbeitslosigkeit herrscht eine ganz beträchtliche Verwirrung: viele meinen, es sei doch gut, wenn man nicht zu arbeiten bräuchte. Dabei übersehen sie, daß wir in Richtung auf ein duales Wirtschaftssystem schliddern, indem ein großer Teil der Bevölkerung von jeder Beschäftigung außer hobbyförmigen sozialen Diensten, Reparatur- und Recycling-Arbeiten — an dem

Müll, den die Multis produziert haben – ausgeschlossen sein wird, während die produktive Entwicklung in einem multinationalen Sektor in der Hand einer kleinen technischen Elite liegen wird, die mit den Multis gegen die Mehrheit der Bevölkerung im Bunde steht.

Es gibt eben keine wirklich politische Bewegung, die diese Ansätze zusammenfassen würde und ihnen eine theoretische Begründung und eine strategische Orientierung geben könnte. Das starke Ressentiment gegen jede Art von Partei, das in der britischen Arbeiterbewegung herrscht, leitet sich einerseits aus einer durchaus positiven Reaktion gegen jede Art von Bürokratie her – andererseits bedeutet es aber auch, daß keine wirkliche Koordination der stattfindenden Kämpfe erfolgen kann.

Allerdings ist auch die Art von Führung, die britische linke Gruppen anzubieten versuchen, für einen erwachsenen Industriearbeiter, der sein Leben lang gegen die herrschende Klasse gekämpft hat, um jetzt mit Vorlesungen der Linken an den Fabrikatoren konfrontiert zu werden, wie und wann man was tun soll, durchaus unannehmbar. Sie haben eben im Grunde dieselbe Vorstellung von Führung wie die Unternehmensleitungen; die Arbeiter kommen auch bei ihnen nur in der Rolle von passiv Ausführenden vor. Auch die Linken begeben sich nicht mit den Arbeitern in einen gemeinsamen Prozeß der Auseinandersetzung, in dem sie Erfahrungen austauschen und gemeinsame Kampfperspektiven erarbeiten könnten.

Insgesamt führt damit die Krise in Großbritannien zu einer sehr gefährlichen Situation: Angesichts des Vakuums an politischer Führung auf der Seite der Linken existiert eine sehr reale Gefahr eines Rechtsrucks. Ich glaube, auch im europäischen Maßstab heißt es wachsam zu sein: wenn wir uns klar machen, was für Möglichkeiten in Frankreich bestehen, was hier in der Bundesrepublik auf uns zukommen kann – mit Strauß und dem, wofür er steht – heißt das doch, daß wir in ganz Europa vor einer auch für uns sehr ernsten Krise stehen.

Was ich hier vor allem hervorheben wollte, ist, daß in Großbritannien jedenfalls noch keine wirklich annehmbare politische Alternative dazu in Sicht ist.

Prokla: Direkt im Anschluß noch einmal zu den USA zurück!

Andy: Eine Sache erscheint mir fraglich: Sollte man nicht den Vorwurf mangelnder Führung mehr gegenüber den Gewerkschaftsführungen erheben, die in dieser Sache vollständig versagt haben, als gegenüber der Linken, die im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung von ganz zweitrangiger Bedeutung ist? Die Gewerkschaftsführungen sind es doch gewesen, die nicht in der Lage waren, wirklich für eine alternative Entwicklung der Wirtschaft und der Technologie zu mobilisieren! Während man doch wohl kaum der Linken – die über keine ernsthafte kommunistische Parteitradition mehr verfügt – den Vorwurf machen kann, sie habe es versäumt, zu den Fabrikatoren zu kommen, um die Arbeiter zu mobilisieren!

Eigentlich ist es ja gar keine Frage der Mobilisierung. Die Gewerkschaften haben ja mobilisiert – aber eben in einer Weise, die nur Verwirrung gestiftet hat – und damit zu einer Demobilisierung geführt hat. Wie Mike klar gemacht hat, besteht der gegenwärtige Mangel an Führung vor allem in einem politischen Vakuum bei den Gewerkschaftsführungen, die einfach kein strategisches Konzept haben, was die Probleme der Wirtschaftspolitik oder gar der Technologiepolitik angeht.

Mir scheint, daß unter den Ländern, die wir diskutieren, eins in dieser Beziehung an der Spitze steht: Es gibt in ihm überhaupt keine Antworten der Arbeiterbewegung auf die gegenwärtigen Probleme außer eben einer solchen defensiven Militanz, wie Mike sie beschrieben hat. Dieses Land ist Großbritannien.

Das politische Vakuum, das Du beschworen hast, Mike, ist also in erster Linie ein Vakuum bei den Gewerkschaften – womit ich keineswegs die linken Intellektuellen für ihr vollständiges Versagen im Angesicht der britischen Krise entschuldigen will!

Prokla: Nur eine kurze Randbemerkung: Du hast die These vertreten, daß es in gewissem Grade eine Substitution politischer Parteien bzw. ihrer Funktionen durch die Gewerkschaften gibt. Das heißt dann aber doch, daß das Vakuum, über das ihr redet, nicht bloß ein Vakuum in der Gewerkschaftsbewegung ist, sondern ein Vakuum der gesamten politischen Linken; dabei haben es die Gewerkschaften noch eher als die traditionellen linken Gruppierungen und Parteien überhaupt verstanden, was vor sich geht in Europa und in den übrigen industrialisierten Ländern – aber auch sie sind nicht dazu in der Lage, alle die Probleme in den Griff zu bekommen, die mit diesen Entwicklungen verbunden sind.

Kommen wir zunächst zum Abschluß der Berichte aus den kapitalistischen Ländern zur Gewerkschaftsentwicklung und -politik in der Bundesrepublik.

Rainer: Vergleicht man die gewerkschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik mit der in den anderen Ländern, dann kann man doch hier in den letzten zwanzig Jahren drei Phasen gewerkschaftlicher Politik unterscheiden: Zunächst jene Phase, die bis zur ökonomischen Krise 1974/75 reichte; sie war dadurch geprägt, daß die Gewerkschaften insgesamt ein doch sehr positives Verhältnis zur kapitalistischen Entwicklung hatten, was sich z. B. darin ausdrückte, daß die ganze Rationalisierungspolitik der Gewerkschaften darauf ausgerichtet war, die Folgen kapitalistischer Entwicklung über monetäre Kompensationen zu bewältigen. Dann gab es – und das war für die Linke in der Bundesrepublik ein wichtiger Hoffnungsschimmer – eine Umorientierung in Richtung einer kritischen Politik gegenüber der technologischen und überhaupt der kapitalistischen Entwicklung; dies war eine Phase, die durch den Rastertarifvertrag in der Druckindustrie, durch den Absicherungsvertrag in der Metallindustrie, z. T. auch durch die Diskussion um die 35 Stunden-Woche gekennzeichnet war und die von der Mitte der 70er Jahre bis 1979 reichte – eine relativ kurze Phase also. Seit der ver-



lorenen Auseinandersetzung um die 35 Stunden-Woche in der Stahlindustrie scheint sich aber ein „roll back“ einzustellen, was sich z. B. in der IG Metall, der IG Chemie und teilweise auch in der IG Druck darin äußert, daß diejenigen Gruppen, die sehr stark für Alternativen in der Technologie- und Rationalisierungspolitik eingetreten sind, in die Ecke gedrängt werden, wohingegen für die Gewerkschaftspolitik so etwas wie – in einem soziologischen Terminus – ein korporativistischer Verbund charakteristisch ist; eine Form von korporativistischen Strukturen zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaften, die eine ganz zentrale Konsequenz für unser Thema hier hat: sie schließt nämlich gebrauchswertorientierte Diskussionen auf Betriebsebene weitgehend aus zugunsten von zentralisierter Politik im korporativistischen Verbund!

Prokla: Und in diesem Zusammenhang scheinen sich einige deutsche Gewerkschaften wieder stärker an die Chancen des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt zu binden – eine Weltmarktorientierung, die für die Gewerkschaften in den Konkurrenzländern gar nicht mehr vorhanden sein kann, eben wegen der Hegemonie des westdeutschen Kapitals zumindest in Westeuropa. Denn eine Weltmarktoffensive des deutschen Kapitals – und dies ist ja schließlich die Substanz des Konzepts der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ zum Beispiel bei Scharpf/Hauff – kann in einer Phase allgemeiner ökonomischer Stagnation nur auf Kosten der Beschäftigung in anderen Ländern gehen. Es ist auch – dies nur am Rande – wohl nicht zufällig, daß in westdeutschen wirtschaftspolitischen Alternativvorstellungen der internationale Zusammenhang unterbelichtet ist, in britischen oder dänischen Konzeptionen dagegen z. B. an erster Stelle steht ...*

Die bisherigen Statements bezogen sich alle auf Erfahrungen in kapitalistischen Ländern. Melanie, Du hast Dich intensiv mit der Diskussion und der Politik zur „Humanisierung der Arbeit“ in den sozialistischen Ländern Osteuropas beschäftigt. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ – um mal diesen Terminus zu gebrauchen – , ist ja schon seit langem ein zentrales Ziel der sozialistischen Wirtschaftsplanung in Osteuropa. Welche neuen Formen der Arbeitsorganisation und welche sozialen Probleme sind damit verbunden?

Melanie: Die Modernisierung der Volkswirtschaft und als deren Teil eine Strategie organisatorischer Modernisierung und Rationalisierung im Bereich der unmittelbaren Produktion ist in Osteuropa – ich beziehe mich auf die UdSSR, die CSSR und Polen – ein seit der Mitte der sechziger Jahre propagiertes Ziel. Angesichts der Grenzen der verfügbaren Arbeitskräfte- und der materiellen Ressourcen soll eine Verlagerung von extensiven auf eher intensive Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums erreicht werden. Da die weiterhin hohen Akkumulationsraten bei einer immer noch geringen gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit ein niedriges Lebensniveau der Masse der Bevölkerung erzwingen, besteht über das Modernisierungsziel als solches ein breiter gesellschaftlicher Konsens.

* Vgl. Volker Hauff/Fritz W. Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft, Ffm-Köln 1975; vgl. dazu auch die Diskussion in Prokla Nr. 38, insbesondere den Beitrag von D. Moraal/K. Hübner.

Das Problem scheint mir in Form und Inhalt der Modernisierungspolitik und der in ihrem Rahmen verfolgten Reorganisationsstrategien zu liegen.

Ansätze zur Reorganisation der Fabrikarbeit finden sich unter dem Titel der „Wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“ (Sowjetunion) bzw. „komplexen Rationalisierung“ (CSSR) als „neue“ oder „progressive“ Formen der Arbeitsorganisation und im Rahmen der „betrieblichen Sozialplanung“. Dieser Terminus ist in der UdSSR, CSSR und in Polen geläufig. Er bezeichnet die ökonomisch-technische Betriebspolitik flankierenden Maßnahmen nicht nur im Bereich der betrieblichen Sozialpolitik, sondern auch der Arbeitsbedingungen, der Qualifizierung und der Arbeitsorganisation. In Polen wird außerdem von der „Humanisierung der Arbeit“ gesprochen, worunter in den sechziger Jahren die Rezeption der Human Relations- und Neo-Human Relations-Schule und seit den siebziger Jahren auch Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsgestaltung subsumiert werden.

Meine folgenden Ausführungen zur Form der staatlichen Politik organisatorischer Modernisierung beziehen sich auf die Sowjetunion und die CSSR, Polen hat in diesem Punkt eine gewisse Außenseiterrolle.

Wichtigstes Merkmal der Reorganisationsansätze ist die zentralistische Bestimmung der innerbetrieblichen Reorganisationsmaßnahmen, und zwar nicht nur indirekt (über Produktivitätskennziffern, Beschäftigtenzahlen usw.), sondern direkt über methodische Empfehlungen zur Arbeitsplatz- und Fabrikorganisation, die Entwicklung von standardisierten Arbeitsplätzen, Arbeitsabschnitten, ganzen Werken mit standardisierter Arbeitsorganisation und -normierung und von Modellen der Mehrmaschinenbedienung, der Mehrberuflichkeit und der Einführung von Gruppenformen der Arbeitsorganisation, die mit Hilfe quantitativer Kennziffern über den Fünf-Jahr-Plan, die Jahrespläne und den betrieblichen Produktionsplan in die Produktion eingeführt werden sollen. Darüberhinaus über methodische Empfehlungen zur betrieblichen Sozialplanung. Bisher gibt es zu diesem Punkt nur Auflagen hinsichtlich der Art und der Zahl der Kennziffern, nicht hinsichtlich der quantitativen inhaltlichen Bestimmung. Solche inhaltliche Ausfüllung der Methodiken der Erstellung von Sozialplänen auf gesamtgesellschaftlicher, Industriezweig- und Produktionsvereinigungsebene ist gegenwärtig in der Diskussion.

Prokla: Was bedeutet das für die Entwicklung der Arbeit?

Melanie: Was die Inhalte der organisatorischen Modernisierung betrifft, so sind zunächst drei Aspekte festzuhalten, die durch die Form der Politikformulierung bereits bestimmt sind: Charakteristisch für die osteuropäischen Ansätze ist die potentiell große Reichweite der Reorganisationsmaßnahmen. Der zentralistische Zugriff erlaubt sowohl Branchen- und Regionalpläne als auch die integrative Gestaltung verschiedener Politikbereiche (Technikpolitik, Ausbildungs- und Arbeitspolitik u. m.). Real allerdings gibt es bislang nicht mehr als Ansätze dazu, den Horizont der Arbeits- und Arbeitskräfteplanung zu überschreiten.

Die angesprochene große Reichweite der Planung wird zugleich reduziert durch die technokratische Legitimation der angestrebten Maßnahmen. Die Teilnahme der Organisierten wird bestenfalls als „Heranziehung“ der Betroffenen auf betrieblicher Ebene angestrebt und zwar mit dem Ziel, Widerstände gegen technisch-

organisatorische Veränderungen aufzufangen.

Expliziter Bezugspunkt der Rationalisierungs- und Sozialplanung ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dabei soll die Orientierung auf gesamtgesellschaftliche und nicht nur einzelbetriebliche Produktivität durch den zentralistischen Zugriff gesichert werden. Die institutionelle Anbindung der Planung allein an Betriebsleitung und die Ausführungsorgane der Wirtschaftsverwaltung und der Verzicht einer unmittelbaren Anbindung an die Reproduktionsinteressen der Arbeiter – sogar im Falle der betrieblichen Sozialplanung – läßt die Berücksichtigung (zumindest die mehr als nur reaktive Berücksichtigung) der längerfristigen sozialen Kosten allerdings als unwahrscheinlich erscheinen.

Im Rahmen der Rationalisierungs- und Sozialplanung werden Maßnahmenbündel formuliert, die durchaus als Pendant zur westdeutschen „Humanisierung der Arbeit“ betrachtet werden können.

Mit dem Ziel der Reduktion von Arbeitsbelastung sollen Monotonie/Ermüdungsprobleme über die Verlängerung von Taktzeiten und die Individualisierung des Arbeitsrhythmus aufgefangen und physisch schwer belastende Arbeiten reduziert und die materiellen Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Mit dem Ziel der Einsparung von Arbeitskraft sollen Mehrmaschinenbedienung (Intensivierung), Mehrberuflichkeit (Disponibilität) und die Integration von Operationen und Spezialberufen (Aufgabenerweiterung und -bereicherung), zum Teil in Form der Gruppenarbeit eingeführt werden. Mit dem Ziel der Motivierung und Integration der Arbeitenden sollen Arbeitsgruppen eingerichtet werden mit flexibler innerer Arbeitsteilung („komplexe Brigaden“) oder solche, die auch begrenzt arbeitsvorbereitende, organisierende und kontrollierende Funktionen übernehmen („autonome Arbeitsgruppen“) – bei Anwendung von Gruppenleistungslohn; es soll der Leitungsstil demokratisiert werden und es sollen durchlässige Karrieremuster geschaffen werden.

Diese Ansätze sind eingebettet in eine Politik der Rationalisierung, die nach wie vor Arbeitsteilung (vertikale und horizontale) und Spezialisierung für das A und O effektiver Arbeitsgestaltung zu halten scheint. Gewicht und Stoßrichtung der „neuen Formen der Arbeitsorganisation“ in der Gesamtpolitik der Rationalisierung weisen durchaus markante länderspezifische Unterschiede auf:

Das sowjetische Modell steht – mit großen Anteilen von Mammut- und Großbetrieben mit standardisierter Massenproduktion, mit einer gering qualifizierten Arbeiterschaft und extremer innerbetrieblicher Arbeitsteilung – dem tschechischen Modell gegenüber mit einer Dominanz von Mittel- und Kleinbetrieben und einer qualifizierten Arbeiterschaft (Facharbeiter).

Die strukturellen Schwächen des zentralen administrativen Planungssystems sind das Interesse der Betriebe an einfachen Plänen und Orientierung auf bloß formale Planerfüllung, die Innovationsfeindlichkeit der Betriebe und die Fehlinformationen von unten nach oben. Sie lähmen nach wie vor die Steuerungsfähigkeit des starren Systems der Wirtschaftsplanung und -verwaltung, führen zu immer neuen Engpässen in der Versorgung der Betriebe mit den nötigen Produktionsmitteln und führen zu immer neuen punktuellen administrativen Eingriffen in das betriebliche

Handeln. Das unter den Bedingungen des herrschenden Planungssystems dysfunktionale Autonomiestreben der Betriebe wird dadurch immer wieder bestätigt und verschärft. Und im Interesse dieses Autonomiestrebens liegt es, Arbeitskraftreserven – ungeachtet aller Rationalisierungspläne – doch zu halten.

Prokla: In den bisher vorgestellten Statements gab es ja verschiedene Diskussionspunkte. Für die Diskussion schlagen wir vor, daß ein Schwerpunkt auf die folgende Frage gelegt wird: Welche betrieblichen Konfliktstrukturen, welche neuen Interessenartikulationen und welche neuen Politikformen und -ziele haben sich in der Krise auf dem Hintergrund von Rationalisierung, veränderter Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit entwickelt? Wir denken z. B. an jene – für die Bundesrepublik völlig neue – Produktorientierung bei Lucas Aerospace, auf die vielleicht Mike noch näher eingehen kann, an eine veränderte Haltung gegenüber Arbeit und Freizeit, neue Modelle innerbetrieblicher Arbeitsteilung usw., die natürlich mit volkswirtschaftlichen Zwängen sich konfrontiert sehen ...



Peter: ... eben, wie sieht z. B. jener qualitative Sprung in der Technologie aus, die von der Linken als Alternative gefordert ist, welche Modelle gibt es für einen solchen „Sprung“ ...

Mike: Eine Gegenwehr gegen Arbeitslosigkeit und die anderen Auswirkungen technologischer Veränderungen findet offensichtlich bisher auf zwei Ebenen statt: Einerseits gibt es eine Auseinandersetzung zwischen unseren Gewerkschaften und den Unternehmen im Bereich des Maschinenbaus über die Einführung der 35 Stunden-Woche; andererseits bin ich aber auch zu dem Schluß gekommen, daß viele britische Arbeiter einfach von sich aus beschlossen haben, nur noch 35 Stunden in der Woche zu arbeiten, ohne erst groß noch dafür zu kämpfen: Sie haben sich einfach gesagt, daß sie für den Laden nur noch wöchentlich ungefähr 35 Stunden arbeiten wollen und viele tun es auch einfach. Wenn also Mrs. Thatcher und andere behaupten, die britischen Arbeiter würden nicht hart genug arbeiten wollen ...

Prokla: Aber sie werden weiter für 40 Stunden bezahlt?

Mike: Ja, durchaus!

Prokla: So was muß man doch wissen!

Mike: Ja, es gibt eben noch große Bereiche in der Industrie, in denen keine genaue Stückzahl durch die Arbeitsorganisation oder die Entlohnungsform durchge-

setzt werden kann — andererseits gibt es aber auch Bereiche der Industrie, wo so was einfach nicht geht, wo das Tempo, in dem der einzelne Arbeiter arbeitet, mehr und mehr durch die Maschinerie und die Organisation des Arbeitsprozesses kontrolliert wird. Solch eine ‚Arbeitszeitverkürzung‘ kann aber nicht in der gesamten Gesellschaft als gleichförmige Entwicklung durchgesetzt werden.

Es gibt auch eine ganze Menge Arbeiter, die es schon so sehr ankotzt, wie sich die ‚Industriegesellschaft‘ entwickelt, daß sie durchaus bereit sind, ihre Arbeitsplätze sausen zu lassen, wenn die Unternehmer eine ordentliche Summe als Ablösung anbieten. Ich finde das bedauerlich, aber es stimmt: Viele sind einfach davon überzeugt, wenn sie vier- oder fünftausend Pfund kriegen können, würden sie genau so gut ohne Job zurechtkommen können wie mit dem Arbeitsplatz, vielleicht für eine kleine Firma arbeiten oder sich selbständig machen. Ich halte das wirklich für eine Illusion und eine Schwäche der Arbeiterbewegung — aber es ist doch ziemlich weit verbreitet.

Die wichtigste neuere Entwicklung ist die Entstehung und Verbreitung der Verbindungsausschüsse von Shop Stewards, die sich jetzt schon weit über die gesamte britische Industrie ausgedehnt haben. Die traditionellen Organisationsstrukturen der britischen Gewerkschaftsbewegung haben sich ja als unfähig erwiesen, mit Konzernen klar zu kommen, in deren zahlreichen Betrieben viele Gewerkschaften arbeiten. Bei Lucas Aerospace gibt es z. B. 13 verschiedene Gewerkschaften, in denen die Beschäftigten organisiert sind — da ist es den Unternehmern immer gelungen, sie gegeneinander auszuspielen! Deswegen bilden sich jetzt in immer mehr Unternehmen Verbindungsausschüsse der Shop Stewards.

Solche Verbindungsausschüsse der Shop Stewards können in technologisch starken Bereichen eine sehr wichtige Dialektik in Gang setzen: In ihnen kann zum einen das analytische Wissen der beteiligten Wissenschaftler genutzt werden, in Verbindung mit — zum anderen — einem Klassenverständnis der ökonomischen Fragen auf der Seite der beteiligten Industriearbeiter — was auf beiden Seiten eine neue, radikalere Politisierung sowohl der technischen wie der betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen in Gang setzen kann. Z. B. haben wir vor vier Wochen eine Tagung veranstaltet. Wir haben uns mit Verbindungsausschüssen aus anderen Unternehmen zusammengesetzt, um mit ihnen über alternative Strategien für ihre Industrien zu diskutieren, für deren Durchsetzung sie sinnvoll kämpfen könnten und würden.

Als zentraler Punkt hat sich dabei einmal wieder herausgestellt, daß es darauf ankommt, die Produkte unter dem Gesichtspunkt ihres Gebrauchswertes zu betrachten und nicht von ihrem Tauschwert auszugehen. So wie man in Großbritannien den Nationalen Gesundheitsdienst aus der Marktwirtschaft herausgenommen hat, gibt es jetzt die Möglichkeit, auch weite Teile der industriellen Fertigung aus der Marktwirtschaft herauszunehmen. Diese Idee breitet sich unter den Beschäftigten selber recht schnell und nachhaltig aus — während die Führungsspitzen der Gewerkschaften ihr gegenüber zumindest indifferent bleiben, sofern sie sich nicht sogar ganz offen und eindeutig dagegen stellen. Damit ist aber bereits eine Entwicklung von einiger Bedeutung in Gang gekommen — inzwischen auch über die nationalen

Grenzen hinweg, wie ich verblüfft feststellen konnte, als wir zu einer Diskussion nach Detroit eingeladen waren, um mit den Arbeitern von Ford über eine alternative Unternehmensplanung für den Fordkonzern zu diskutieren. Auch in Australien sehe ich da eine ganz starke Entwicklung im Gange.

Insgesamt betrachte ich gerade diese zuletzt genannte Entwicklung als ungeheuer bedeutungsvoll in ihrer politischen Perspektive – wenn wir richtig damit werden umgehen können! Damit meine ich, daß die Arbeiter in einem Industriezweig sich selbst anschauen, was sie an Ressourcen besitzen, vor allem an Können und Ausrüstung, und sich überlegen, wie sie damit zur Befriedigung vorhandener gesellschaftlicher Bedürfnisse beitragen können. Damit fangen sie zum ersten Male an, sich ihrer zweifachen Funktion in der Gesellschaft bewußt zu werden – als unmittelbare Produzenten und als Endverbraucher. Bisher war das ja so organisiert – auch in der Art darüber nachzudenken –, daß man hätte meinen können, es gäbe ein Volk, das in Fabriken arbeitet und in Büros – und noch ein ganz anderes Volk, das in Häusern und in Gemeinden lebt und konsumiert. Die Arbeiter selbst werden sich jetzt allmählich darüber klar, daß es für sie selber wichtig ist, daß ihre tägliche Arbeit für die Zeiträume, in denen sie leben und verbrauchen, wirklich nützliche Produkte hervorbringt.

Es geht um die Entwicklung von Plänen für Produkte, die einerseits erkennbare gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen – also unter dem Gesichtspunkt ihres Gebrauchswertes produziert werden –, Energie und Material sparen helfen, die andererseits in einem Arbeitsprozeß hervorgebracht werden können, der nicht entfremdend wirkt, der relativ arbeitsintensiv ist, und so angelegt sind, daß sie von den Verbrauchern selbst repariert oder angestrichen werden können. Das hat eine wirklich kaum zu überschätzende Bedeutung: etwa die Protestbewegung gegen die Atomkraft könnte so – statt auf einer engen, kleinbürgerlich-moralischen Grundlage zu bleiben – auf eine wirkliche ökonomische und politische Basis gestellt werden, um anhand konkreter, materieller Alternativen sich gegen die Art von Gesellschaft zu wehren, die sich mit der Atomkraft entwickeln wird.

Ich halte das wirklich für eine zentrale Frage, die damit angegangen wird, die Frage der technologischen Entwicklung, die jetzt nicht nur von den britischen Arbeitern gestellt wird, damit eine Weiterentwicklung menschlicher Fähigkeiten möglich wird, statt sich ihrer weiteren Verstümmelung zu unterwerfen. Dabei geht es notwendig immer um beides: um alternative Produkte *und* um alternative Arbeitsprozesse.

Zwar ist das alles noch in einem sehr frühen Stadium – und ich will keine Illusionen schüren, daß sich etwa solche Initiativen wie ein Lauffeuer durch Großbritannien verbreiten würden –, aber das Echo, das wir gerade von der Gewerkschaftsbasis auch in vielen anderen Ländern bekommen – auch hier in der Bundesrepublik –, ist doch sehr ermutigend.

Andy: Ich wüßte aber doch gerne, über was für eine Größenordnung Du redest, über welche Industriezweige und Gewerkschaften. Für die USA fällt mir nämlich nur eine einzige vergleichbare Sache ein, nämlich die Konzeption der Deckung eines wachsenden Teils des Energiebedarfs durch Sonnenenergie und andere Formen

erneuerbarer Energie. Diese Konzeption kommt aber bezeichnenderweise nicht aus der Arbeiterklasse, sondern von gewissermaßen freischwebenden Intellektuellen. Diese Konzeption soll auch genau das leisten, was Du angesprochen hast, nämlich nicht nur die Gestalt der Produkte verändern, sondern den Produktionsprozeß selbst umgestalten: vor allem soll dadurch eine völlige Dezentralisierung der Produktion möglich gemacht werden, die dann die Trennung von Produzenten und Konsumenten aufzuheben ermöglichen soll. Vor allem in einer Gegend wie Kalifornien trifft das wirklich ein dringendes Bedürfnis: die Trennung von Arbeit und Freizeit, von Produktion und Konsumtion, von Arbeitsplatz und Zuhause ist hier allein schon durch die Weite des Landes auf die Spitze getrieben – wenn jemand täglich 350 km mit dem Auto fährt, ist das in Kalifornien nichts Besonderes.

Aber zu Dir, Mike, kannst Du nicht wenigstens ungefähr angeben, wie Du die Größenordnung dieser Bewegung einschätzt – die in den USA sicherlich sehr klein ist und ich meine doch, daß das in Großbritannien nicht grundlegend anders sein kann! Meine zweite Frage zielt darauf, von wo eigentlich die Initiative für so etwas ausgeht.

Fred: Ich bin da eigentlich optimistischer als Andy – ich glaube, die Wirtschaftskrise wird in den USA die Humanisierung der Arbeit fördern (*Zwischenrufe*). Aber was die Idee der Arbeiter von Lucas Aerospace angeht, ihre Fabrik in eigene Regie zu übernehmen und etwas gesellschaftlich Nützliches zu produzieren, habe ich doch eine Frage, auf die ich bisher noch keine Antwort gehört habe: hieße das eigentlich, sich vom Markt zurückzuziehen, vor allem, sich vom Weltmarkt abzuschließen? Steckt da nicht eine ganz problematische Vorstellung von ‚unabhängiger Entwicklung‘ auf einer ‚glücklichen Insel‘ – oder auf mehreren, wie bei unseren britischen Freunden – dahinter, die letztlich bloß eine romantische Fluchtvorstellung ist?

Andy: Was mir wirklich Sorgen macht, ist die Tatsache, daß die US-amerikanische Arbeiterbewegung überhaupt keine Gesamtstrategie hat und deswegen notwendig auf zwei Sorten von Auswegen verfallen wird: Zum einen sich auf bestimmte protektionistische Maßnahmen hin zu orientieren, also korporatistisch zu reagieren, um – in einer Front mit Staat und Kapital – die US-amerikanische Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen; zum anderen wird es – in Gestalt einiger Einsprengsel – Initiativen wie Lucas Aerospace geben, deren Bedeutung aber marginal bleiben wird – jedenfalls bezogen auf den ganzen Kontinent, den die USA praktisch darstellen. Natürlich läßt mich so eine Perspektive pessimistisch werden – denn ohne eine zusammenfassende Kraft, ohne einen Brückschlag über die vielfältigen – vor allem rassistischen und ethnischen – Spaltungen der US-amerikanischen Arbeiterklasse, kann es in den USA keinen gesellschaftlichen Fortschritt geben!

Matteo: Was ist eigentlich der *technologische Sprung*, den wir in Italien machen müssen? Ich sehe fünf Ebenen, auf denen eine Antwort möglich und notwendig ist:

Erstens geht es dabei um Importsubstitution und *zweitens* um die Entwicklung *gesellschaftlicher* Konsumgüter. Das kann im Zusammenhang erörtert werden, denn auf beiden Ebenen geht es letztlich darum, wie ein technologisch hochent-

wickelter Produktionsprozeß weiterentwickelt werden soll – d.h. beide Problematiken beinhalten eine Herausforderung an die Wissenschaften, an die Forschung und die Entwicklung der Produktivkräfte, damit die neuen Produkte auf dem Markt konkurrenzfähig sind.

Drittens geht es darum, sich klarzumachen, daß Wirtschaftszweige, die wir als rückständig zu betrachten gewohnt sind, durchaus wieder zu fortgeschrittenen Sektoren gemacht werden können, indem man sie automatisiert, neueste Technologien in ihnen zum Einsatz bringt usf.

Viertens geht es um etwas Komplizierteres, nämlich um die Organisation der Produktion im weitesten Sinne: Italienische Werkzeugmaschinen sind vor allem dadurch auch gegenüber ganz hervorragenden US-amerikanischen Produkten konkurrenzfähig, daß wir in der Lage sind, Arbeitsorganisation in Verbindung mit den Maschinen anzubieten – und die einzelnen Maschinen den Bedürfnissen der Kundschaft anzupassen. Vielleicht wird es so auch möglich, unsere Strategien der Veränderung der Arbeitsorganisation erfolgreich auf dem Markt anzubieten?

Fünftens und *letztens* geht es erst um das komplexe Problem einer alternativen Produktionsstruktur, auf das sich Mike bezogen hat. In diesem Punkt müssen wir sicherlich ziemlich vorsichtig sein, denn es ist zwar durchaus möglich, unsere Industriebetriebe in Forschungs- und Produktionsbetriebe eine solchen alternativen gesellschaftlichen Produktionsstruktur umzuwandeln – etwa mit dem Ziel der Entwicklung einer energiesparenden maschinellen Ausrüstung oder alternativer Energiequellen –, aber wir dürfen nicht übersehen, daß die multinationalen Konzerne in dieser Art von alternativer Technologie uns schon voraus sind, so daß wir keine Chance mehr haben, sie in diesen Bereichen einzuholen!

Es kann also auch auf dieser Ebene eine alternative Entwicklung geben, aber jedenfalls im Moment sieht es nicht so aus, als könnten wir gerade darauf bauen ...

Peter: Ist es nicht sehr bemerkenswert, daß in verschiedenen Beiträgen auf die Notwendigkeit einer Autarkiepolitik von links hingewiesen wird, während die Rechte (z. B. in Frankreich) und die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik voll auf Exportoffensive setzt. Bekanntlich sind die historischen Erfahrungen ja andere: Autarkiebewegungen kamen immer von rechts, während die Linke jetzt zum ersten Mal die Notwendigkeit einer Autarkiepolitik diskutiert ...

Hajo: Mich irritiert, was Matteo zu der Umorientierung der italienischen Gewerkschaften in Richtung Technologiepolitik gesagt hat, denn schließlich resultieren die neuen Rationalisierungsstrategien in einem anwachsenden Problemdruck gerade auf betrieblicher Ebene: werden da nicht wesentliche Gegenmachtpositionen der italienischen Arbeiter durch eine solche Umorientierung der Gewerkschaften zerstört?

Prokla: *Sophie*, kannst Du noch einmal auf die u.a. von Hajo aufgeworfenen Probleme eines „technologischen Sprungs“ für die Politik der Arbeiterbewegung eingehen?

Sophie: Es stecken in diesem „technologischen Sprung“ große Probleme. Es gab z. B. in der italienischen Gewerkschaftszeitung „Rassegna Sindacale“ eine von Trentin ausgelöste Diskussion zu diesem Problem. Trentin hatte zuvor die Not-

wendigkeit des „technologischen Sprungs“ verteidigt, um Italien aus jener merkwürdigen Situation zu bringen, entweder das erste Land des peripheren Kapitalismus oder das letzte Land des hochentwickelten Kapitalismus zu sein, und gefordert, sich von bestimmten Produktionszweigen wie Textil-, Bekleidungs-, Schuhindustrie etc. überhaupt zu trennen. Aber ist es allein das Produkt, von dem man sich trennen muß, um diesen technologischen Sprung zu machen? Wenn man sich dagegen die italienische Handelsbilanz betrachtet, dann geht daraus hervor, daß gerade *diese* Branchen noch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind! Da liegt aber das Problem, wenn Trentin sich von jenen Branchen, in denen die Dritte Welt genauso wettbewerbsfähig ist, lösen will.

Prokla: Aber kann die Exportfähigkeit nicht auch daran liegen, daß die Art und Weise, wie diese Produkte in Italien produziert werden, also unter Bedingungen des doppelten Arbeitsmarktes ...



Sophie: ... darauf komme ich gleich. Es sind dies ja Produkte, die sich auf dem Weltmarkt halten können, nicht nur, weil sie auch modern produzieren, sondern auch, weil sie eben aus „Italien“ kommen; dahinter steht also auch eine bestimmte *Kultur, Modetradition* etc., die so ohne weiteres *nicht* von der Dritten Welt übernommen werden kann – eine bestimmte hochentwickelte Technologie hat da nicht den Stellenwert. Gleichzeitig sind dies auch Produkte von Industrien, die sich der gewerkschaftlichen Kontrolle weitgehend entziehen, wo also Arbeitsbedingungen existieren, die einfach kriminell sind. Aber gerade dies sind die Produkte, mit denen wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind (Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie beschäftigen ca. 1.5 Mio Arbeitskräfte und verbuchen einen Aktivsaldo von umgerechnet 11 Mrd. DM in der Handelsbilanz!), während jene

Sektoren, in denen die gewerkschaftliche Kontrolle stark ist, sich in der Krise befinden! Da liegt das Problem: der gewerkschaftlich kontrollierte Bereich wird immer stärker in die Defensive gedrängt. Die Frage des „was produzieren?“ ist hier auch völlig untergegangen! Wenn wir früher uns noch gefragt haben, ob z. B. die Automobilproduktion, auf dem ja die italienische Entwicklung der Nachkriegszeit ganz zweifellos basiert, angesichts der Sackgasse, in die dieses „Konsummodell“ gerät, weiter forciert werden sollte, dann ist heute angesichts der Krise davon keine Rede mehr. Zwar können die FIAT-Arbeiter aufgrund ihrer Kontrollrechte wochenlang Entschei-

dungen hinauszögern, zugleich sehen aber die Gewerkschaften, daß ohne Produktivitätssteigerungen FIAT sich nicht mehr auf dem Weltmarkt halten kann.

Prokla: Zeigt dies nicht in aller Deutlichkeit, daß die Probleme der Technologiekontrolle (und nicht nur diese) auf nationaler Ebene allein überhaupt nicht mehr zu lösen sind?

Sophie: Erstens das und zweitens glaube ich, daß wir es hier nicht nur allein mit der Position der italienischen Arbeiterklasse zu tun haben, es gibt da ja große Parallelen zu sozialdemokratischen Positionen: Hier treffen sich Zweite und Dritte Internationale! Es geht hier nämlich um das grundsätzliche Verhältnis zur Technik, zur Technologieentwicklung, die traditionell mit Fortschritt schlechthin gleichgesetzt wird. Ganz explosiv wird dies bei der Frage der Atomtechnologie, die auch in Italien immer aktueller wird. In ihren fortgeschrittenen Teilen ist die italienische Arbeiterklasse in der Tradition der Dritten Internationale entstanden und ihr verhaftet, einer Tradition, die technologischen Fortschritt mit Fortschritt schlechthin verwechselt. Diesen Vorwurf kann ich Trentin, der die fortgeschrittensten Teile der italienischen Gewerkschaftsbewegung repräsentiert, nicht ersparen. Wenn wir uns z. B. mal anschauen, was an Rationalisierungen in der Textilindustrie schon gelaufen ist: dort ist alles mit Informatik vollgestopft! Da werden nicht in irgendeiner Hinterstube Kleider genäht ...

Prokla: Also nicht in den „malerischen Gassen“ Neapels ...

Sophie: Eben, da liegt eine Verwechslung zwischen Textil- und Bekleidungsindustrie vor.

Das Faszinierende an der italienischen Arbeiterbewegung ist m. E., daß sie sich einem Problem gestellt hat, das keine andere nationale Arbeiterbewegung gelöst hat, nämlich dem der demokratischen Kontrolle über Arbeitsbedingungen im Betrieb – als *Kontrolle* und nicht in irgendeiner Form von Humanisierung! Man kann ja sehr leicht mal irgendwo einen kleinen alternativen Versuch starten und der kann auch sehr schön und überzeugend ausgehen, *aber solange man sich nicht das Problem der Verallgemeinerungsmöglichkeit stellt, bleibt der Versuch isoliert!* Und darüberhinaus stellte sich in Italien – und stellt sich immer noch – das Problem der politischen Macht der Arbeiterklasse. Die Fragestellungen der italienischen Arbeiterklasse seit 1969 sind nur auf diesem Hintergrund zu verstehen und je mehr die politische Machtfrage in den Hintergrund gerät, desto obsoleter werden auch die Antworten der italienischen Arbeiter auf konkrete Probleme der Art, wie wir sie hier diskutieren.

Ich glaube und befürchte, daß wir in der Frage der Atomtechnologie noch einmal einen ganz entscheidenden Prüfstein der gesamten gewerkschaftlichen Strategie haben werden und möglicherweise über dieses Problem große Konflikte innerhalb der Gewerkschaften anstehen – Matteo sieht das nicht so und hat da keine so großen Probleme mit der Atomenergie. Ich hoffe aber, daß sich an dieser Frage auch eine Reihe anderer Fragen mitentzünden werden: die Frage nach dem „was produzieren?“ und „wie produzieren?“, nach der ökologischen Belastbarkeit eines Landes, das sowieso schon ökologisch überbelastet ist ...

Prokla: Nun wird ja in der Bundesrepublik die Frage der Atomenergie gerade

unter den Aspekten der Weltmarktoffensive des deutschen Kapitals diskutiert ...

Sophie: In Italien wird da gar keine Alternative gesehen angesichts der wesentlich größeren Energieabhängigkeit verglichen mit der Bundesrepublik, da wird alles andere zweitrangig. Und da liegen auch die Schwierigkeiten jener, die eigentlich gegen das Atomprogramm sind.

Prokla: *Nicht nur das Atomprogramm, sondern überhaupt die Modernisierungsstrategien sind ja eng an die staatliche Politik gebunden. Nun spielte der Staat bisher in den Beiträgen eher eine untergeordnete Rolle, zumindest wurde seine Rolle nicht explizit benannt. Vielleicht kann Tamar noch einmal am Beispiel der norwegischen Modernisierungspolitik die Rolle des Staats aufgreifen... ?*

Tamar: Norwegen ist ja nicht nur wegen seiner Ölquellen in einer anderen Lage als die hier dargestellten Länder. Die Entwicklung der Ölindustrie ist gewissermaßen die Fortsetzung wesentlicher Entwicklungen in der norwegischen Industriestruktur überhaupt. Wir haben ja ansonsten so gut wie keine Rohstoffe, wir hatten bislang eine relativ gute Position der Fischindustrie auf dem Weltmarkt, aber da es eine sich ausschließende Alternative zwischen Ölförderung und Fischfang gibt, wird sich, so fürchte ich, diese Branche nicht halten können (Zwischenruf: Ölsardinen!). Norwegen ist sehr exportabhängig – z. B. durch die starke Position der Schifffahrt auf dem Weltmarkt, deren Transportkapazität an vierter Stelle in der Welt stand. Da Norwegen aber aufgrund der Wasserkraft (jetzt kommt noch das Öl dazu) über billige Energien verfügt, hat man sich auf energieintensive Fertigungen (z. B. der Schmelzindustrien, Aluminiumproduktion etc.) konzentriert und in den Bereichen der hochtechnisierten Elektronikindustrien mit hochqualifizierten Facharbeitern versucht man – ähnlich wie in Dänemark und Schweden – Marktnischen auszunutzen.

Prokla: *Und wie sehen in diesem Zusammenhang die staatlichen Programme zur Humanisierung der Arbeit aus?*

Tamar: Bei uns spricht man nicht von „Humanisierung der Arbeit“ – der Begriff ist durch die „human relations“-Ansätze der 50er und 60er Jahre diskreditiert. Einmal sind Mindestnormen für die Arbeitsbedingungen relativ breit in Gesetzen festgelegt worden und darüberhinaus stützt die Regierung die Politik der starken Gewerkschaften in ihrer Forderung nach mehr Kontrolle über den Arbeitsprozeß. Andererseits ist aber abzusehen, daß es gerade in der Chemie- und Metallindustrie in den nächsten Jahren zu einer gewerkschaftlichen Krise kommen wird, weil alte Facharbeiterqualifikationen durch Computer- und Steuerungsspezialisten ersetzt werden; hier versuchen die Gewerkschaften z. B. den Einsatz von neuen NC-Maschinen zu fördern, weil sie meinen, daß mit dem Import der gängigen NC-Maschinen aus den USA auch immer die US-Arbeitsorganisation eingekauft worden ist ...

Prokla: *In der Bundesrepublik werden die Gewerkschaften ja in Modernisierungskonzeptionen, die als Entwürfe für eine Strukturpolitik des Staates vorgeschlagen wurden, eingebaut, sie sollen mitbestimmen – allerdings als Branchengewerkschaften und im Rahmen einer Modernisierungsstrategie, die auf den Weltmarkt bezogen ist. Liegt in diesem „Einbau“ der Gewerkschaften nicht auch eine große Gefahr für die zukünftige gewerkschaftliche Politik – nicht nur, weil sie ja dann auch die negativen Auswirkungen einer Modernisierungspolitik auf die Belegschaften mit-*

tragen, mitverantworten müssen, sondern auch darin, daß sie als Branchengewerkschaften mitbestimmen sollen und daher auch die Konkurrenz zwischen den Branchen (strukturschwache und strukturstarke, weltmarktorientierte Branchen) mit austragen müssen, z. B. in der Auseinandersetzung um staatliche Erhaltungs- oder Modernisierungssubventionen. Wie steht es dann mit der Gewerkschaftseinheit, wenn z. B. spezifische Interessen einer Weltmarkt-orientierten Wachstumsbranche von Kapital- und Gewerkschaftsvertretern im Rahmen der staatlichen Strukturpolitik gegen strukturschwache Branchen durchgesetzt werden, in denen dann die Gewerkschaft den Belegschaften auch noch die „strukturelle Notwendigkeit“ der Vernichtung der Arbeitsplätze vermitteln darf? Wobei hier auch nicht einfach diese Probleme auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ und ihre Kooperationspolitik reduzierbar sind, sondern hier stehen z. B. die Interessen der Kollegen in den Wachstumsbranchen gegen jene der strukturschwachen Branchen. Zeigt dies nicht die Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlichen Alternative für die Gewerkschaften – und, wenn man bedenkt, daß diese Strategie wesentlich eine Weltmarktstrategie ist, die Notwendigkeit der Internationalisierung der Gewerkschaftsdiskussion zu diesen Problemen?

Knut: Was sind denn eigentlich die Probleme auf dem Weltmarkt, vor denen solche alternativen Entwicklungen, wie wir sie hier diskutieren, heute stehen?

Bei unserer Untersuchung über Humanisierung der Arbeit in Großbritannien haben wir einmal in Coventry eine ganz eigenartige Erfahrung gemacht: Da gab es zwei ganz verschiedene Werkzeugmaschinenfabriken – die eine hatte eine sehr starke Stellung auf dem Weltmarkt und die andere schaffte es eben gerade, sich über Wasser zu halten. Für uns wichtig war dann, daß das Unternehmen mit der guten wirtschaftlichen Lage auch eine starke betriebliche Interessenvertretung hatte, während in der wirtschaftlich schwachen Firma eine betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer kaum noch existierte. Es gibt also ein ganz handfestes Interesse der Shop Stewards daran, daß ihr Unternehmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt – nämlich wenn nicht, riskieren sie, ihre eigene Machtposition zu unterminieren. Solche Fragen wurden in Coventry auch ganz offen gestellt: Als es etwa darum ging, ob man in Großbritannien den Import bestimmter japanischer Maschinen stoppen sollte, war den Shop Stewards der starken Firma ganz klar, daß ein Ausschluß wichtiger technologischer Fortschritte dazu führen würde, daß das Unternehmen den Anschluß an die Weltmarktentwicklung verpassen und seine Konkurrenzfähigkeit mittelfristig verlieren würde – und sie waren deswegen gegen einen solchen Boykott.

Was heißt dann aber noch Arbeitermacht im Unternehmen, wenn auch starke Machtpositionen im Betrieb nichts anderes möglich machen, als sich den Gesetzen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu unterwerfen? Gibt es nicht dementsprechend eine Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Systemen industrieller Beziehungen auf dem Weltmarkt, nicht nur zwischen Kapitalen und Produkten?

Sollte man nicht einmal dem Vorschlag der Cambridge-Gruppe nähertreten, Großbritannien etwa wirklich vom Weltmarkt abzuschotten, damit es Spielraum für derartige soziale Experimente erhält? Daß an dieser Idee etwas dran ist, zeigt, glau-

be ich, auch das Beispiel der Druckindustrie: die war ja – rein aus linguistischen Gründen – lange Zeit gegen den Weltmarkt abgeschirmt. Und haben jetzt noch die entwickeltsten Formen einer Kontrolle des Arbeitsprozesses durch die Arbeiter.

Mike: Auf der ersten Seite des Plans der Arbeiter von Lucas Aerospace steht geschrieben, daß es keine Insel der sozialen Verantwortlichkeit in einer See der Verkommenheit geben kann – das ist den Arbeitern also wirklich zutiefst klar und braucht man ihnen nicht erst zu erzählen! Ganz klar gibt es eine reale Gefahr, daß sich der Kapitalismus diese Konzeptionen ‚alternativer Technologie‘ und ‚alternativer Energiequellen‘ selbst zu eigen machen wird. Es ist durchaus vorstellbar, daß sich das kapitalistische System daraus eine neue Schokoladenkruste bäckt!

Wenn also solche Vorstellungen nicht in Konfrontation mit Staat und Unternehmen erkämpft werden, unter der Kontrolle der Arbeiter, dann kann es durchaus sein, daß diese Vorstellungen dazu führen, daß die schöpferischen Kräfte der Arbeiter durch solche Konzeptionen – die dann nach Art des betrieblichen Vorschlagswesens funktionieren – noch gründlicher enteignet würden. Insofern unterscheidet sich diese Bewegung natürlich keineswegs von den anderen gesellschaftlichen Prozessen, an denen wir teilnehmen!

Wir haben inzwischen vielfältige internationale Kontakte. Vor allem möchte ich hier auf das eindrucksvolle Beispiel der australischen Gewerkschaften verweisen, die immerhin ein Technologiememorandum von fünf Jahren beschlossen haben! In der Bundesrepublik haben wir an einem Film mitgearbeitet, der vom WDR mit VFW in Speyer – anlässlich der 1973 dort geführten Kämpfe gedreht wurde. Er wird im Juni 1980 gezeigt, hoffentlich mit einiger Wirkung!

Sonst gibt es hier noch die ‚Investitionsberatungsstelle‘ der IG Metall, die ich aber für ziemlich gefährlich halte, weil durch sie eben doch die Enteignung der schöpferischen Kräfte der Arbeiter mehr gefördert wird als sonst irgend etwas.

Auf zwei Punkte möchte ich aber zum Schluß noch hinweisen: Die Frage der *Atomkraft* muß unbedingt mit dem Problem einer alternativen Produktions- und Produktstruktur verbunden werden – dann erst wird ihre gesamte gesellschaftliche Tragweite deutlich. In Frankreich haben wir mit Arbeitern diskutiert, daß es durchaus möglich wäre, Autos zu bauen, die 20 Jahre hielten – in Verbindung mit einer Wartungsstruktur, durch die wertvolles technisches Können erhalten und weiterentwickelt werden könnte. Dadurch könnte man nicht nur mehr – und bessere – Arbeitsplätze schaffen als für die gegenwärtige Produktion von Wegwerfautos – es gäbe auch eine enorme Energieersparnis – bei besserer Befriedigung spezifischer gesellschaftlicher Bedürfnisse!

Die *Rolle des Staates* in dem ganzen Prozeß müssen wir sehr gründlich bedenken! Da herrscht noch ziemliche Verwirrung unter den Beteiligten, auch und vor allem in Großbritannien. James Connally, der irische Gewerkschaftsführer, hat einmal gesagt: Wenn Verstaatlichung dasselbe wäre wie Vergesellschaftung, dann wäre der Henker ein radikaler Sozialist! – aber es ist eben nicht dasselbe!